

DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE FRAGE IN DER DEUTSCHEN UND INTERNATIONALEN POLITIK 1918 BIS 1948

Ein thematisch wie zeitlich weites Feld beschäftigte die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission auf ihrer von Hans Mommsen (Feldafing) konzipierten Tagung vom 17. bis 21. März 1999 im Haus Rissen in Hamburg.

Ein erster Fragenkreis galt der tschechoslowakischen und der deutschen Völkerbund- und Europapolitik und in diesem Zusammenhang dem Spezialgebiet des Minderheitenschutzes. Die zweite Sektion hatte das politische wie zeitliche Umfeld des Münchener Abkommens zum Thema, im dritten Block wurden Aspekte der Wiedererrichtung einer staatlichen Souveränität für Tschechen und Slowaken nach „München“ behandelt. Abschließend kamen die Nachkriegskonzeptionen der Westmächte ab 1945 und die Außenpolitik der Tschechoslowakei nach dem Umsturz von 1948 zur Sprache.

Jan Křen (Prag) beschäftigte sich in seinem einleitenden Vortrag mit der Lage der „Tschechen und Slowaken in der deutschen und österreichischen Politik vor 1918“. Er ordnete sie in ein Dreieck zwischen der Staatsmacht Habsburg sowie den Interessen Bismarcks und den Nationalitäten selbst ein. Dabei konzentrierte er sich vornehmlich auf die hochkomplizierten Strukturen moderner Gesellschaftsbildung in beiden nationalen Gruppen. Im Hinblick auf ihre Wirkung außerhalb des eigenen Landes hob er die kulturellen Aspekte hervor. Daneben würdigte er die Bedeutung der alldeutschen Bewegungen. Die divergierenden politischen Konzeptionen Berlins und Wiens verdeutlichte Křen an der Idee des mährischen Ausgleichs und den Reformbestrebungen des Kreises um den Thronfolger Franz Ferdinand sowie an dem beständigen Vorwurf aus Berlin an die Adresse Wiens, mit zu „weicher“ Politik die Stabilität der habsburgischen Herrschaft in Böhmen zu gefährden. In Kontrast dazu setzte er den „liberalen Nationalismus“ der Naumannschen Mitteleuropa-Konzeption. Abschließend zeigte er die Wendung der reichsdeutschen Böhmenpolitik zwischen 1917 und 1918: Während der einer „gigantischen nationalistischen Linie“ des Reiches verpflichtete Vertrag von Brest-Litowsk die Vorstellung einer Protektorats-

politik gegenüber dem 1917 wiedergegründeten polnischen Staat, zugleich aber Toleranz gegenüber den nationalen Gruppen in Böhmen einschloß, erhob Berlin im letzten Kriegsjahr die Forderung nach einem Böhmen in seinen historischen Grenzen unter Mitregierung der Deutschen.

Die erste Sektion leitete der Vortrag von Eduard Kubů (Prag) über die „Zielsetzung und Handicaps der Völkerbundpolitik von Edvard Beneš“ ein. Kubů bewertete den Völkerbund wohl zu Recht als den „Pfeiler der tschechoslowakischen Außenpolitik“ und des Sicherheitskonzeptes von Beneš. Dabei wurde auch die Schwäche des Völkerbundes deutlich, dessen Satzung weder eine Kriegsächtung noch Sanktionen gegen Aggressoren vorsah. Die Bewertung des Vertrags von Locarno mußte mithin kritisch ausfallen, da sich mit ihm untrennbar der Eintritt des Reiches in den Völkerbund verknüpft hatte. Nach Kubů war es unvermeidlich, daß sich die Tschechoslowakei in der Minderheitenfrage über die gesamte Zwischenkriegszeit hinweg defensiv verhielt und Benešs Bündnispolitik scheiterte.

Peter Krüger (Marburg) umriß den Rahmen für die tschechoslowakische Außenpolitik der zwanziger Jahre mit der Frage nach der „Sicherheit durch europäische Ordnung“, bezogen auf die „Tschechoslowakei in der deutschen Konzeption internationaler Politik während der Locarno-Ära“. Mit einem Vergleich verschiedener Vertragsabschlüsse der frühen zwanziger Jahre belegte er den Ausnahmestatus des Locarno-Vertrages. Allein Locarno habe sowohl die Politik der Großmächte, ein nach dem Ersten Weltkrieg zwangsläufig durch die neuen Staaten verändertes „europäisches Konzert“ und den Völkerbund in eine Kongruenz überführt. Somit habe allein Locarno die Chance geboten, ein neues Sicherheitssystem in Europa – unter Einschluß des Deutschen Reiches – zu etablieren. Damit verbunden war eine erhebliche Machtsteigerung des Reiches, da erst jetzt die Revisionsbestrebungen der Weimarer Außenpolitik in bezug auf die Ostgrenze mit einiger Aussicht auf Realisierung betrieben werden konnten. Für die Kleine Entente bedeutete Locarno aber letztlich das Scheitern, da die Stabilität eines Systems kleiner Staaten – so Krüger – unabdingbar von mehr als einer Großmacht garantiert zu werden habe.

In der intensiven Diskussion beider Vorträge zeigte sich bereits ein Dilemma, welches die Tagung letztlich bis in ihre Schlußdiskussion nicht überwinden konnte: Die Bewertung der tschechoslowakischen Politik an der Person und den politischen Konzeptionen Edvard Beneš engte den Blickwinkel ein und verhinderte damit auch eine Bilanzierung der Wirksamkeit der Kleinen Entente und eine Charakterisierung der Stabilität des internationalen Systems in Ostmitteleuropa.

Sabine Bamberger-Stemmann (Lüneburg/Hamburg) und Bohumila Ferenčuhová (Bratislava) beschäftigten sich mit der Frage des Schutzes nationaler Minderheiten, insbesondere auf der Ebene des Genfer Schutzsystems. Bamberger-Stemmann verglich Erfolge und Scheitern dreier verschiedener Minderheitenschutzsysteme: der estländischen Kulturautonomiegesetzgebung von 1925 als Beispiel innerstaatlichen Minderheitenschutzes, der Genfer Konvention für Oberschlesien als ein bilaterales Minderheitenschutzsystem unter internationaler Flankierung und schließlich des Petitionsverfahrens vor dem Völkerbund in Genf als internationalen, allerdings ausschließlich auf Europa bezogenen Schutzmechanismus. Dabei stellte sich das Scheitern des Genfer Systems als ein Geflecht verschiedenster Aspekte heraus, die von

der Nichtbeteiligung der USA bis hin zur Ablehnung des Petitionsverfahrens durch die Staaten Ostmitteleuropas und die Reformunfähigkeit des Völkerbundes reichte. Ferencuhová konzentrierte sich auf das Verfahren, das sie als objektiv und – anders als Bamberger-Stemmann – insgesamt erfolgreich würdigte. Dabei legte sie besonderen Wert auf die Arbeit des Völkerbundsekretariates und seiner Minderheitenabteilung und wertete die beständigen Klagen der Minderheiten über das unzureichende Genfer Schutzsystem als letztlich wenig begründet.

In der Diskussion betonte Dušan Kováč (Bratislava) noch einmal die Einschätzung der slowakischen Arbeitsgruppe zum Genfer Minderheitenschutz, die hohe Zahl abgelehnter Petitionen in Genf sei primär darauf zurückzuführen, daß diese von deutschen Minderheiten und damit aus revisionistischen Motiven erhoben worden seien – eine Haltung, die neuere Forschungen zum Genfer Minderheitenschutz in keiner Weise belegen. Hingegen bestätigte Detlef Brandes (Düsseldorf) aus den britischen Akten die strikte Weigerung Großbritanniens, sich intensiver mit dem Minderheitenschutz zu beschäftigen und belegte dies auch für die britische Haltung während des Krieges und danach. Uneingeschränkt zu folgen ist auch Hans Mommsen, der das Scheitern des Genfer Minderheitenschutzes nicht im System selbst und seinem Verfahren erblickte, sondern in den nationalstaatlichen Prämissen vor allem der westlichen Garantiemächte.

Jindřich Dejmek (Prag) leitete den zweiten Themenblock der Tagung ein. Er charakterisierte die „Deutschlandpolitik der ‚Burg‘ bis zum Jahr 1938“ als „gelähmt“ durch die Bestrebungen der Nationalsozialisten, die Tschechoslowakei als Expansionsraum in Richtung Südosteuropa zu nutzen. Während Prag noch zu Beginn des Jahres 1934 die Beziehungen zu Deutschland als korrekt und das innenpolitische System des Reiches nach Hitlers Machtergreifung als durchaus stabil einschätzte, sah man – Dejmek folgte dabei Beneš – in Mussolinis Italien den größten Feind des europäischen Friedens. Hingegen fand Dejmek in der – noch nicht endgültig belegten – Planung Piłsudskis aus dem Winter 1932/33, eine nationalsozialistische Machtergreifung im Reich militärisch zu verhindern und der angeblichen Weigerung Prags, sich daran zu beteiligen, keinerlei Beleg für die sich stetig verschlechternden Beziehungen zwischen Prag und Warschau, vielmehr höchstens einen Versuchsballon in Richtung Quai d'Orsay, um die französische Haltung zu überprüfen.

„Frankreichs Politik gegenüber der Tschechoslowakei nach dem Münchener Abkommen“ analysierte Yvon Lacaze (Paris). Die Haltung in Paris sei geprägt gewesen von tiefem Unverständnis für die Folgen von „München“ und von einer scharfen Ablehnung der tschechoslowakischen Politik gegenüber Flüchtlingen und Emigranten. Obwohl Paris die nationalsozialistische Annexion der Tschechoslowakei nach „München“ nicht anerkannte, scheiterte die Implementierung einer tschechoslowakischen Exilregierung in Paris. Die Gründe sah Lacaze vor allem in der Hoffnung des französischen Außenministeriums, Mussolini aus der Achse herauslösen zu können, und in einer Abneigung Daladiers gegenüber Beneš. Daran hätten letztlich auch die als gut charakterisierten Beziehungen zwischen Beneš und de Gaulle bis 1944 nichts ändern können, die beide auf eine Unterstützung der Sowjetunion für die Wiedererrichtung der Tschechoslowakei rechneten und sich einig waren in ihrer Ablehnung der Münchener Beschlüsse. Ein interessantes Schlaglicht auf die Selbständigkeit der

Slowakei bot der Konflikt zwischen der Vichy-Regierung und der Slowakei im Frühjahr 1942, in dem letztere auf deutschen Druck hin die Forderung nach Anerkennung durch Vichy-Frankreich zurückziehen mußte.

Valerián Bystrický (Bratislava) charakterisierte „München“ in seinem Vortrag über die „Probleme der Sicherheitsgarantien für die ČSR nach dem Münchener Abkommen“ als Trauma der Tschechen, denn für sie habe der eigene Staat seine territoriale Integrität nicht durchsetzen können, wohingegen die slowakischen Autonomiebestrebungen mit der Staatsgründung Hlinkas erfolgreich waren. Bystrický schilderte den Zerfall der Tschechoslowakei 1938 vor allem am Beispiel des Besuches des Außenministers in Berlin im Oktober 1938. Das Ziel des Besuches – der Erhalt der Tschechoslowakei – sei nicht zu erreichen gewesen, da Berlin kein Interesse an einer durch „München“ und die Wiener Schiedssprüche territorial reduzierten Tschechoslowakei gehabt habe. Diese Erkenntnis habe in Prag zur Orientierung auf Berlin geführt, zu einer „Politik der Resignation“. Ob man dies tatsächlich als typischen Ausdruck der Außenpolitik eines kleinen Staates bezeichnen darf, sei dahingestellt; außer Zweifel steht jedoch die Modellhaftigkeit solcher außenpolitischer Abhängigkeiten kleiner Staaten wie auch die Notwendigkeit, dies als systemisches Phänomen jener Zeit in Ostmitteleuropa vergleichend zu untersuchen.

In der dritten Sektion analysierte Edita Ivaničková (Bratislava) die „Haltung der britischen Regierung zur Restituierung der Tschechoslowakei und die Einflußnahme von Edvard Beneš“. In ihrem ausschließlich aus den Akten des Foreign Office erarbeiteten Vortrag trat das Zögern Großbritanniens, klar zu einem Fortbestand der Tschechoslowakei in ihren „Vormünchener“ Grenzen Stellung zu beziehen, deutlich zutage. Allerdings habe London durchaus die Bedeutung des Restitutionsbeschlusses und der Anerkennung der Exilregierung im Juli 1940 für die Stärkung des Widerstandes gesehen; dabei ließ Ivaničková freilich offen, inwieweit London damit nur den tschechischen Widerstand meinte, und welche Konzeption in diesem Zusammenhang für die nur de facto anerkannte slowakische Republik Hlinkas bestand. Allein die Anerkennung des Londoner Exils kann man gewiß nicht als Bestätigung der Restitution der Tschechoslowakei in ihrem territorialen Bestand vor München bewerten. Ivaničková schilderte ausführlich die reservierte Haltung der britischen Regierung zu Edvard Beneš und die Zurückhaltung gegenüber einer Einbindung tschechoslowakischer Legionen unter britisches Kommando. Letztlich zog sich die Frage nach den Grenzen einer wiedererrichteten Tschechoslowakei bis 1945 hin, worauf auch die unterschiedlichen Auffassungen Benešs und des Foreign Office über den Kriegsbeginn (1. September 1939 nach der britischen Regierung, Mai oder zumindest Oktober 1938 nach Beneš) Einfluß gehabt hätten.

Die „Vorstellung der Slowakischen Volkspartei von der künftigen außenpolitischen Stellung der Slowakei“ für den Zeitraum von März 1939 bis zum Frühjahr 1945 untersuchte Ivan Kamenec (Bratislava). Das Leitmotiv der Außenpolitik der Hlinka-Partei vor dem 1. September 1939 sah er in einer ausschließlichen Orientierung auf Polen. Nach der Regierungsübernahme in Bratislava habe es in der Volkspartei keine außenpolitische Konzeption gegeben; die slowakische Außenpolitik sei dank der Stellung der Volkspartei als autoritäre Staatspartei ohne innenpolitische Reibungsverluste betrieben worden, gelenkt ausschließlich durch Berlin. Im Vergleich

mit dem kroatischen Ustaša-Staat sah Kamenec hier die pure „Aufrechterhaltung des Staates“ als Hauptziel, wobei er beide Gebilde als „Nebenprodukte der NS-Aggression“ kennzeichnete, d.h. als temporäre Erscheinungen, die nur solange Bestand haben konnten, wie das Deutsche Reich im Krieg keine Niederlage erlitt.

Die Frage der Beziehungen der tschechischen und slowakischen Regierungen und des Exils zur Sowjetunion vertiefte Vladislav Moulis (Prag) in seinem Vortrag: „Der Ruck nach Osten. Die Tschechoslowakei und die Sowjetunion 1943–1947“. Im Zentrum stand dabei der von Beneš forcierte Vertrag mit der Sowjetunion, dem eine zentrale Bedeutung für sein Bündnissystem zugunsten einer kollektiven Sicherheit Ostmitteleuropas gegen Deutschland zukommen sollte. Eine Alternative dazu sah Moulis nicht und belegte dies mit dem Scheitern des polnischen Exils bei dem Versuch, die Regierungsmacht in Warschau zu erringen. Ebenso wenig angebracht seien Zweifel an Benešs Überzeugung, mit diesem Vertrag hätte die Grundlage für eine unabhängige Tschechoslowakei nach Kriegsende gelegt werden können. Trotz des Vertrags habe Beneš noch 1945 die Möglichkeit völliger Unabhängigkeit der Tschechoslowakei und freundschaftlicher Beziehungen zu den Westalliierten gesehen. Obwohl die Einflußnahme von Seiten Moskaus zunehmend verstärkt worden sei, habe erst ein Artikel in „Izvestija“ vom Dezember 1947 das endgültige Aus für eine Brückenfunktion der Tschechoslowakei zwischen Ost und West bedeutet. Das Bündnis mit der Sowjetunion sei, so Moulis, von einer politischen Stütze zu einer erstickenen Umarmung mutiert.

In der Diskussion stand die These von Piotr Wandycz im Vordergrund, wonach sich die tschechoslowakische Außenpolitik der zwanziger Jahre für das darauffolgende Jahrzehnt als vollkommen unzureichend erwiesen habe. Diese Situation, so Detlef Brandes, habe dazu geführt, daß Beneš nach dem letztlich nutzlosen Bündnis mit Frankreich in der Sowjetunion einen starken und entschlossenen Bündnispartner gesucht habe. Jan Křen wandte sich entschieden gegen die Wandycz-These und sah ausschließlich das Versagen der Westmächte gegen die deutsche Expansion seit „München“ als Grund für Benešs Orientierung auf die Sowjetunion in den vierziger Jahren. In den dreißiger Jahren habe es für Beneš keinerlei Alternative zu einer Anbindung an den Westen gegeben. Diese Auffassung stützte Vilém Prečan (Prag), der die britische Politik gegenüber dem tschechischen Exil in London als entscheidend dafür ansah, nach 1945 eine Ostorientierung zu wählen. Hingegen wurden die Folgen der Abtretung der Karpatoukraine für die tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen in der Diskussion nur in Einzelfragen angerissen.

Die Bedeutung des Marshall-Plans und insbesondere die Vorgänge zwischen Prag und Moskau, die letztlich dazu geführt hätten, daß die Tschechoslowakei nicht in die Marshall-Plan-Hilfen einbezogen wurde, diskutierte Slavomír Michálek (Bratislava). Vor allem die Umstände der tschechoslowakischen Beteiligung an der Marshall-Plan-Konferenz in Paris 1947 warfen dabei ein Schlaglicht auf die Einflußnahme der Sowjetunion auf Prag. Dieser Einfluß sei trotz der schlechten wirtschaftlichen Situation in der Tschechoslowakei gegen die westlichen Aufbaukonzepte gerichtet gewesen. Zudem hätten beide Großmächte, die USA wie die Sowjetunion, die Tschechoslowakei lediglich als Versuchsfeld für den kommenden Kalten Krieg benutzt. Michálek unterschied dabei nicht zwischen den Marshall-Plan-Hilfen, die er einseitig

auf Westeuropa gezielt sah, und dem sowjetischen Hegemonialanspruch in Osteuropa. Auch seine Position, die Tschechoslowakei sei der Marshall-Plan-Hilfen schuldlos verlustig gegangen, könnte nur dann Zustimmung finden, wenn man alle politischen Gesichtspunkte bis hin zu den Machtverhältnissen in Prag 1946–1948 zwischen Bürgerlichen und Kommunisten ausblendete. Dies betonte in der Diskussion Rüdiger Alte (Marburg).

Manfred Knapp (Hamburg) griff in seinem Vortrag über den Marshall-Plan hinaus und legte „Grundzüge der amerikanischen Europapolitik in der Entstehungsphase des Ost-West-Konfliktes 1945–1949“ dar. Als Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik wertete er die Entscheidung, sich nach der isolationistischen Phase der Zwischenkriegszeit überhaupt wieder in Europa zu engagieren. Die USA hätten dabei zwei Wege beschritten: zum einen die großangelegten Hilfsmaßnahmen für Westeuropa, die letztlich zu einem Faktor der euroatlantischen Integration werden sollten, zum anderen den Marshall-Plan als ein gesamteuropäisches Programm. Das Scheitern der gesamteuropäischen Politik habe dazu geführt, daß der Marshall-Plan ebenfalls zu einem Instrument der Integration Westeuropas in die amerikanische Deutschland- und Europapolitik wurde. In der Diskussion stellte Hans Mommsen die Gründe für den Rückzug der USA von ihren Vorstellungen, den Marshall-Plan auch auf die Tschechoslowakei und Ungarn auszudehnen, als wichtiges Forschungsdesiderat heraus. Peter Krüger forderte darüber hinaus die Einbeziehung des Dawes-Plans, da beide Projekte letztlich dem europäischen Wiederaufbau gewidmet gewesen seien.

Vladimír Nálevka (Prag) zeichnete in seinem Vortrag „Angloamerikanische Pläne für Ostmitteleuropa 1945–1948“ ein düsteres Bild der außenpolitischen Durchsetzungsfähigkeit Großbritanniens wie der USA gegen die Wünsche Stalins in Ostmitteleuropa. So hätten beide Westmächte die gewaltsame sowjetische Expansion in Ost- und Ostmitteleuropa toleriert; Roosevelts Haltung zu Stalins Absichten in Europa sei davon geprägt gewesen, daß sich die Kriegsziele der USA vornehmlich auf den pazifischen Raum konzentriert hätten.

Abschließend behandelte Vilém Prečan den „Prager Umsturz 1948 und die außenpolitische Isolierung der CSR“. Dabei analysierte er die Haltung des Westens, insbesondere Großbritanniens, das die Folgen des kommunistischen Umsturzes klar erkannt habe: die Einbindung der Tschechoslowakei in den sowjetischen Satellitengürtel und ihren Verlust als Teil der westlichen Demokratien. Daneben betonte Prečan, daß die abwartende Reaktion der USA in erster Linie ökonomisch motiviert gewesen sei. Die interessante Frage nach der Reaktion Moskaus auf ein eventuelles Scheitern des Gottwald-Putsches beantwortete Prečan dahingehend, daß Moskau nicht vorgehabt habe, militärisch einzugreifen, daß man aber von einem selbständigen Sieg der Prager Kommunisten überzeugt gewesen sei. In dieser Haltung sei Moskau, so Prečan in der Diskussion, durch die stabile Position der KPTsch bestärkt worden. Hingegen fänden sich in den britischen und amerikanischen Akten ausschließlich Hinweise darauf, daß man sich in den westlichen Hauptstädten gefragt habe, *wieso* der Putsch der Kommunisten so schnell erfolgreich hatte sein können. An dem Faktum selbst sei nie gezweifelt worden.

Die Schlußdiskussion war beherrscht von einem Kurzreferat von Edita Ivaničková, die einen Einblick in die Bezüge zwischen der tschechoslowakischen Restitution und der deutschen Frage nach 1945 gab, da dieses Feld in den vorangegangenen Referaten weitestgehend ausgeblendet worden war. Sie definierte die Restitution der Tschechoslowakei als identisch mit der Lösung der deutschen Frage, da die Abtrennung der Sudetengebiete und die Zerstörung des verbliebenen tschechoslowakischen Territoriums durch die Nationalsozialisten damit revidiert worden seien. Einen wichtigen Aspekt ihres Referates stellte die These dar, ein bestimmender Teil der deutschen Frage sei der Gegensatz zwischen der realen Bedrohung der Tschechen und Slowaken und ihres Staatswesens im Kriege einerseits und der durch die Sowjetunion nach 1945 rein propagandistisch aufgeblähten Bedrohung durch Deutschland andererseits gewesen. Dies zeige sich auch daran, daß sämtliche Bündnisverträge in Ostmitteleuropa nach 1945 Formeln gegen eine deutsche Aggression enthielten: Die deutsche Frage sei mithin ein Hauptargument für die Ausdehnung der sowjetischen Einflußsphäre auf das gesamte Ostmitteleuropa gewesen. Detlef Brandes bestätigte darüber hinausgehend einen engen Zusammenhang zwischen der deutschen Frage und dem Schicksal der Tschechoslowakei schon im Oktober 1939. Die deutsche Frage habe des weiteren den „Kitt“ für die Anti-Hitler-Koalition dargestellt; so sei in den Konzepten des britischen Außenministeriums ein Niederhalten Deutschlands für einen längeren Zeitraum für unabdingbar gehalten worden.

Ein weiteres zentrales Diskussionsfeld war die Bewertung der Kleinen Entente, die von Peter Krüger als der „Versuch eines internationalen Systems“, von Hans Mommsen hingegen als „Illusion auf Zwischeneuropa“ gesehen wurde. Auch der Aspekt der Abwehr habsburgischer Restitutionsansprüche durch die Kleine Entente (Eduard Kubů) spielte in der Debatte eine Rolle. Abschließend wurde kontrovers die Frage des Sinngehaltes und der Erfolgsaussichten föderativer Staatswesen und kollektiver Minderheitenschutzrechte debattiert.

Insgesamt erbrachte die Tagung eine Vielzahl von Einzelstudien und Aspekten, Aktenfunden und Diskussionsansätzen. Eine schlüssige Neuinterpretation wichtiger Personen, Faktoren und Ereignisse – „München“, Beneš, Minderheiten, Marshall-Plan – brachte sie (noch) nicht. Nachdem die tschechischen und slowakischen Kollegen die Archive in Berlin, Washington, Paris und London haben nutzen können, fällt für sie wie auch für die deutsche Seite eines auf: Die tschechischen und die slowakischen Archive, d. h. die spiegelverkehrte Sicht, fehlt zumeist. Die Chancen, die die Archivöffnung in den behandelten Staaten gebracht haben, wären in ihrer Breite noch zu nutzen.